

durch Handgranaten zwei Zivilisten getötet und mehrere verwundet wurden.

Die Düsseldorf Arbeiterchaft hat sich in geheimer Abstimmung in den einzelnen Betrieben mit überwiegender Mehrheit für Fortsetzung des politischen Generalkriegs entschieden. Sämtliche Arbeiter des städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes haben ebenfalls die Arbeit eingestellt. Dienstag wurde über Düsseldorf der verschärfte Belagerungsstand verhängt.

Sächsische Bergarbeiter ebenfalls im Ausstand.

Seit Dienstag nachmittag sind die Belegschaften des Zugau-Ölsnitzer Kohlenreviers ausständig. Die Streikenden haben zehn Forderungen aufgestellt und verlangen unter anderem die Einführung der siebenstündigen Schichtzeit, völlige Auszahlung der Entschuldigungssumme, Befreiung der bestehenden Regierung, sozialistische Führung der Bergwerke durch Einsetzung der Betriebsräte, sofortige Zuteilung von reichlichen und billigen Lebensmitteln, Bezahlung aller Streikschriften. Im Falle des Versagens des alten Bergarbeiterverbandes soll eine sächsische Bergarbeiterunion gegründet werden. Ein Übergreifen der Ausstandsbewegung auf Zwickau ist zu befürchten.

Französische Kriegsgerichte gegen Streikende.

Der französische Kommandierende im Saarrevier gibt bekannt, da seinen Befehlen zur Arbeitsaufnahme nicht nachgekommen sei, würde eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen. Von den Verhafteten wurden 21 vor das Kriegsgericht gestellt und zu Strafen von 2 bis 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Die übrigen wurden in das rheinische Gebiet durch Eisenbahntransport abgehoben.

Ultimatum der Bankbeamten zum 10. April.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten stellt mit, daß, nachdem die Berliner Bankbeamten in den Ausstand getreten sind, eine Versammlung der Bankangestellten Groß-Berlins eine Resolution angenommen hat, in der die Kollegenchaft im Reiche aufgefordert wird, die Arbeit am 10. April niederzulegen, wenn nicht bis dahin vor dem Reichsarbeitsamt seitens des Verbandes Berliner Bankleitungen die Verhandlungen auf Grund des vom Allgemeinen Verband und dem deutschen Bankbeamtenverein vorzulegenden Einheitsstarifes aufgenommen werden.

Verschiedene Meldungen.

Zwickau. Sämtliche Arbeiter der Zwickauer Metallindustrie einschließlich der Sittenwerke, etwa zwölftausend Mann, haben die Arbeit niedergelegt. Sie fordern Ersatz für die weggefallene Schwerkraftenergie-Produktion und Erhöhung der Fleischration auf 250 Gramm.

Danzig. Die aus 2000 Arbeitern bestehende Arbeiterschaft der Eisenbahnhauptwerkstätte beschloß, in den Ausstand zu treten, da die Forderung auf Gewährung einer Teuerungszulage von 800 Mark abgelehnt worden war. Abends wurde der gesamte Vorort- und Fernverkehr von Danzig aus eingestellt.

Samborn. Die Gas- und Wasserwerker der Gewerkschaft Deutscher Kaiser haben sich mit den streikenden Bergleuten solidarisch erklärt und drohen, die Arbeit niederzulegen. Damit würde die Gasversorgung nicht nur der Stadt Samborn, sondern auch der Städte Wesel, Barmen und Elberfeld sowie der Sibiria-Anlage stillgelegt.

Was kosten uns die Streiftage?

Rund 16 Milliarden Verlust am Nationalvermögen.

In einer anscheinend offiziellen Kundgebung über die Verluste durch die Streiks der letzten Zeit wird betont, daß infolge der Streikunruhen der Wert des deutschen Geldes im Auslande von Stunde zu Stunde sinkt. In Dänemark haben 112 Mark deutschen Geldes nur noch den Wert von 33,25 Kronen, in Stockholm den Wert von 31,50 Kronen. In der Schweiz, wo vor wenigen Tagen noch für einen Kaufpreis von 80 Mark 197,50 Mark bezahlt worden sind, müssen heute für diesen Betrag bereits 294 Mark bezahlt werden.

Das deutsche Geld ist auf rund 25 % seines Wertes gesunken. In diesen Streiftagen beträgt der Kursverlust pro 80 Mark 36,50 Mark. In Deutschland haben wir zurzeit etwa 35 Milliarden Mark Papiergeld im Verkehr. Auf 80 Mark haben wir in wenigen Tagen 36,50 Mark an Wert verloren, also auf 100 Mark 45,72 Mark. Gemessen an dem Stand unseres Geldes in der Schweiz, haben wir also durch die fürchterliche Benützung unserer Wirtschaft durch das Generalkriegsrecht, in das unsere Arbeiterschaft jeden Tag von neuem gekehrt wird, in wenigen Tagen 15 913 750 000 Mark verloren.

Das muß zum Zusammenbruch führen. Die Lebensmittelpreise werden ins Ungeheure steigen, wenn das so fort geht. Was wir vor zehn Tagen in der Schweiz an Lebensmitteln noch für 100 Mark bekommen haben, müssen wir heute schon mit 145,73 Mark bezahlen.

Sozialisierung in Bayern.

Unternehmungen unter gesellschaftlicher Kontrolle München, 9. April.

Auf Anordnung des Zentralkrates werden, um die Sozialisierung vorzubereiten, alle Unternehmungen unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt. Alle Betriebe haben ungehindert weiterzugehen. Alle leitenden Persönlichkeiten, Direktoren, Ingenieure haben die Arbeit fortzusetzen. Die Kontrolle der Geschäftsbearbeitung und der Geldbewegung wird durch Betriebsräte oder Arbeiter- und Angestelltenausschüsse ermöglicht.

Weiter sind sämtliche Bergwerke sowie die gesamte Presse Bayerns aus gleichen Gründen unter gesellschaftliche Wirtschaftskontrolle gestellt.

Gegen die Räterepublik

haben sich nicht allein die Regierungen der anderen süd-deutschen Staaten, Württemberg, Baden, Hessen, ausgesprochen, die das Ministerium Hoffmann als die alleinige rechtmäßige Regierung Bayerns ansehen. Auch ein großer, bedeutender Teil der Bauernschaft hat sich gegen die Räterepublik ausgesprochen. Über Augsburg und München ist die Lebensmittelsperrung verhängt, bis die Räterepublik zurücktritt.

„Eine Schwabinger Kaffeehausgröße.“

Amlich, d. h. im Auftrage der Räterepublik wird aus München gemeldet, daß der bayerische Gesandte in Berlin Dr. v. Bregler den Auftrag erhielt, dem Grafen Brodorsky-Rankau sein Abschiedsgesuch einzureichen. Hierüber wird in Berlin halbamtlich gespottet. Erstens weil der Gesandte aufgefordert war, dem Grafen Brodorsky-Rankau das Abschiedsgesuch zu überreichen. Der Graf ist nämlich nicht der Vorgesetzte des Gesandten, sondern der Vorgesetzte ist der Volksbeauftragte für auswärtige Politik in München. Sodann enthält der

Münchener Erlaß in seinem ersten Satz ein lateinisches Zitat, aus dem die Berliner halbamtliche Stelle schließt, „daß der Verfasser eine Schwabinger Kaffeehausgröße ist, die zufällig ihre Gymnasialbildung noch nicht ganz vergessen hat“.

Tragisch wird demnach die Münchener Räterepublik in Berliner Regierungskreisen nicht genommen. Vielleicht nicht einmal ernst ...

Ein kommunistisches Geständnis.

Auch die äußerste Linke in der Sozialdemokratie nimmt die Münchener Bewegung nicht recht ernst. Die Freiheit in Frankfurt a. M., das Organ der dortigen Kommunisten bemerkt zweifelnd: „Ob Bayern reif sein wird für die unverfälschte Räterepublik, ist zur Stunde schwer zu beurteilen.“ Eine eigenartige Methode: Erst schreibt man: „Alle Macht den Arbeiterräten“ und wenn man dann die Macht hat — dann erst — beginnt man, Überlegungen darüber anzustellen, ob das betreffende Land eigentlich reif ist für die schönen Dinge, mit denen man es beglücken will.

Verschiedene Meldungen:

München. In der Spitze der Münchener Neuesten Nachr. veröffentlicht der Volksbeauftragte für Volksaufklärung folgende Erklärung: Die Redaktion der M. N. hat es abgelehnt, sich der Zensur der Presse-Abteilung des provisorischen revolutionären Zentralrats zu unterwerfen. Infolgedessen hat die Presseabteilung des provisorischen Zentralrats von heute ab die Redaktion übernommen.

Weimar. Nach den hier bei der Regierung vorliegenden Nachrichten geben die Meldungen, die aus München kommen, ein falsches Bild. Die Räterepublik findet nirgends im Lande wirklich Boden. Die Gegenbewegung wird überall organisiert.

Nürnberg. Die sozialistische Fränkische Tagespost bringt Enthüllungen über den an der Spitze des Ministeriums der Räterepublik Bayerns als Volksbeauftragter für auswärtige Angelegenheiten befindlichen Dr. Lipp, einen Mann von etwa 60 Jahren. Das Blatt behauptet, daß Lipp früher in Italien Spitzel der deutschen Regierung gewesen sei. Er war bereits zweimal wegen Größenwahns im Irrenhause untergebracht.

Eichhorn entlarvt!

1371 Tote im Berliner Bürgerkrieg.

Wie ein Hintertreppenroman lieft sich der Bericht über die letzte Sitzung des Untersuchungsausschusses der Preussischen Landesversammlung, der feststellen sollte, wer schuld war an den Januar-Unruhen in Berlin. Die Untersuchung hat den früheren Berliner Polizeipräsidenten

Eichhorn ungeheuer belastet.

ihm werden Unterschlagung, verführter Kassenraub und andere Dinge vorgeworfen, die gewöhnlich nicht zu den Pflichten eines Polizeipräsidenten zu gehören pflegen. Namens des Untersuchungsausschusses berichtet nämlich Regierungsrat Döng:

Die von Eichhorn aufgestellte Sicherheitswehr habe in den Polizeirevierern und im Polizeipräsidium übel gehandelt. Über viele Hunderttausende Mark fehlen Belege. Eichhorn selbst hat in einem Fall 5100 Mark, in einem andern Fall 1625 für sich persönlich unterschlagen. Unter den verschwundenen Geldern befinden sich auch 147000 Lei rumänischen Geldes, die bei Offizieren beschlagnahmt wurden und seitdem spurlos verschwunden sind.

Eichhorn hat den revolutionären Obrenten und anderen unabhängigen Organisationen die Wohnungslisten der Schutzmannschaft ausgeliefert, und die Schubleute, die sich der Unabhängigenpolitik nicht gefügt haben, sind seitdem nicht nur persönlich, sondern auch in ihren Familien in der brutalsten Weise terrorisiert worden. Vom Magistrat Berlin hat Eichhorn viele Zentner feinsten Auszugsmehls erpreßt, um davon Torten für seine Leibwache backen zu lassen. Die Sammlung und Austeilung von Waffen hat Eichhorn bereits am 11. November 1918 begonnen. Allein von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik sind Waffen im Werte von 400000 Mark erpreßt worden.

Eichhorn hat ferner unter Benutzung eines Sauerstoff-gebläses versucht, die Hauptkassette des Polizeipräsidiums zu berauben, der Versuch ist ihm aber nicht gelang. Im Polizeipräsidium wurde in den von Eichhorn und seinen Erhabenen besetzten Kammern eine Notendruckpresse gefunden, die zur Benutzung fertiggestellt war.

Nach Anhörung dieser Anlagen gab der Minister des Innern Seine eine Übersicht über die Januarunruhen, die planmäßig organisiert gewesen seien.

Niederstimmend wirkte die Mitteilung, daß 1371 Menschenleben den Januar- und Märzunruhen zum Opfer gefallen seien, darunter fast ein Zehntel Soldaten.

Die Blinderungen in den von Aufständischen besetzten Gebäuden waren sehr groß. An der Verteidigung dieser Gebäude haben Russen und Frauen in hervorragendem Maße mitgewirkt. So hat eine mitverhaftete Frau Steinbrind aus Neudöhlen im Erker des Vorwärtsgebäudes ein Maschinengewehr bedient, durch dessen Kugeln mehrere Regierungssoldaten gefallen sind. Diese Mitteilungen werden in der Öffentlichkeit keinen geringeren Eindruck machen als in der Sitzung des Ausschusses.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Der Reichshaushaltsplan. Der Nationalversammlung ist der Reichshaushaltsplan für 1919 zugegangen. Danach wird der Reichshaushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben auf 13 858 495 114 M. festgestellt und zwar: im ordentlichen Haushalt auf 13 042 151 910 M. an Einnahmen, auf 11 263 411 095 M. an fortdauernden und auf 1 778 740 815 M. an einmaligen Ausgaben; im außerordentlichen Haushalt auf 816 343 204 M. an Einnahmen und 816 343 204 M. an Ausgaben.

+ Die Dittfragen bei der Friedenskonferenz. Die Verhandlungen, zu welchen die Preussische Staatsregierung sachverständige Vertreter aus den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien im Hinblick auf die große Bedeutung der Dittfragen bei der Friedenskonferenz geladen hatte, endete sehr befriedigend. Die Preussische Staatsregierung sagte dem Wunsche aller Anwesenden entsprechend zu, für eine starke Vertretung Preußens bei der Behandlung der Dittfragen auf der Friedenskonferenz zu sorgen und sich mit aller Energie dafür einzusetzen, daß die Gefahren, die Preußen und seinen untreitbar deutschen Gebieten im Osten drohen, abgehalten würden.

+ Amtsniederlegung der Sozialisierungskommission. Die Sozialisierungskommission erklärt in einem Schreiben an den Reichswirtschaftsminister Wiffell, unterzeichnet von Franke und Kautsky, daß nach ihrer Überzeugung „jede Hoffnung auf ein Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsamt und der Regierung geschwunden“ ist und daß sie ihr Amt niederlegt. Die Kommission hält es „für den wesentlichsten Punkt ihrer Beschwerde, daß das Reichs-

wirtschaftsministerium den vorläufigen Bericht über die Sozialisierung der Kohle absichtlich der Nationalversammlung und der Öffentlichkeit solange vorenthalten hat, bis ihre eigenen, der Kommission entgegen allen Zusagen niemals vorgelegten Gesekentwürfe in Weimar durchgepeitscht waren“.

+ Die Deutschnationalen und der Volkshetwidnns. Kürzlich trat Prof. Elsbacher in Berlin öffentlich dafür ein, daß Deutschland von seinen Feinden weiter bedrängt, ein Bündnis mit der russischen Sowjetregierung schließen möchte. Da Elsbacher der Deutschnationalen Partei angehört, sieht sich die Fraktion dieser Partei in Weimar zu der Erklärung veranlaßt, daß sie ein Bündnis mit dem Volkshetwidnns ablehne.

+ Bedrohung unserer Lebensmittelfuhr. Die ersten in Deutschland eingetroffenen Lebensmittelschiffe der Entente haben mit Ballast wieder ausfahren müssen, weil in Deutschland nicht einmal so viel Waren zur Ausfuhr zusammenzubringen waren, daß die paar Lebensmittelschiffe damit hätten befrachtet werden können. Wir konnten für die Lebensmittelschiffe der Entente nicht einmal genügend Kohlen zum Wiederauffüllen der Bunker zur Stelle schaffen. Wie lange unter einer solchen Wirtschaft die Entente Lebensmittel zu liefern bereit sein wird, muß natürlich ganz ungewiß erscheinen.

+ Der Staatsgerichtshof. Der Gesekentwurf über den Staatsgerichtshof ist vom Kabinett endgültig durchgeprochen und angenommen worden. Er geht an den Staatenausschuß, um dann unverzüglich an die Nationalversammlung zu gelangen.

+ Phantastische Erfindungen der Franzosen. Die Pariser Zeitung „Democratie nouvelle“ vom 5. April veröffentlicht drei phantastische Entwürfe von angeblichen Friedensverträgen, die ein siegreiches Deutschland seinen Gegnern habe auferlegen wollen. Der erste Entwurf, als dessen angeblicher Urheber der Vorkämpfer Graf Bernstorff benannt wird, verlangt unter anderem Abtretung aller französischen Kolonien und bedeutender französischer Gebiete, sowie zehn Milliarden Kriegsschadenszahlung. Graf Bernstorff erklärt dazu, daß alle diese Behauptungen, soweit sie auf ihn bezug haben, gänzlich erfunden sind.

+ Ruhe in Weimar. Für Mittwoch hatte man in Berlin größere Ansammlungen und Demonstrationen erwartet. Es waren deshalb größere Sicherheitsmaßregeln getroffen und der Teil Berlins, in dem sich die wichtigsten Gebäude, die Parlamente usw. befinden, wurde abgesperrt, so daß der Hochbahn- und Straßenbahnverkehr teilweise unterbrochen, teilweise umgeleitet werden mußte. Die Ruhe wurde jedoch nicht gestört und die Absperrungen, namentlich für die Verkehrsmittel, schon mittags wieder gemildert.

Großbritannien.

x Englands Stellung zu Rußland. In den Blättern erschienen amtliche Aufrufe zur Teilnahme am Kampfe in Nordrußland. Zu gleicher Zeit stellte Oberst Wedgwood im Unterhause den Antrag, die englischen Truppen aus Rußland zurückzuziehen, mit der jetzigen russischen Regierung Frieden zu schließen und die Blockade aufzuheben. Der „Star“ unterstützt diesen Antrag und schreibt: „Wir haben genug Krieg gehabt.“

Aus In- und Ausland.

Berlin. Im Monat Mai soll der Nationalversammlung ein Gesek über die Bewirtschaftung der Kaliindustrie ausgehen.

Bern. Wie die „Basler Nachrichten“ mitteilen, hat der Schweizer Bundesrat dem früheren König von Bayern auf Ansuchen gestattet, mit kleiner Begleitung in Biers bei Chur Wohnung zu nehmen.

Amsterdam. Mit dem Dampfer „Nieuwe Amsterdam“ sind der deutsche Gesandte in Mexiko, S. v. Eckhardt, und der deutsche Generalkonsul in Mexiko, F. J. Grunow, in Rotterdam angekommen. Herr v. Eckardt ist nach Amsterdam weitergereist.

Budapest. Wie „Boeröskatona“ meldet, sind die ehemaligen Minister Sasai und Eugen Balogh verhaftet worden. Außerdem wurde eine Reihe von früheren Offizieren verhaftet.

Paris. Poincaré hat auf einen Bericht Clemenceaus hin die gegen den Cottin, der das Attentat gegen Clemenceau verübte, verhängte Todesstrafe in eine zehnjährige Zuchthausstrafe umgewandelt.

Friedenskongreß in kurzer Zeit.

Saag, 9. April.

Nach Meldungen aus Paris haben Orlando, Lloyd George, Clemenceau und Soule eine Einigung über die Prinzipien des Friedensabkommens erzielt. Wenn Wilson, der immer noch das Zimmer nicht verlassen darf, sich gleichfalls damit einverstanden erklärt, so ist die Festlegung der Präliminarien nur noch eine Frage von Stunden. Die Gemeindebehörden von Versailles treffen vorbereitende Maßnahmen für die Unterbringung der deutschen Bevollmächtigten. Es wurde eine Sonderpostmarke hergestellt, die die Aufschrift: „Versailles, Congrès de la Paix“ trägt.

Wilson, so schreibt die „Memor Times“ ist entschlossen, seine eigenen Grundsätze hochzuhalten, denen alle anderen Nationen nur mit den Lippen dienen. Er will an den Waffenstillstandsbedingungen festhalten auf Grund deren die Verbündeten sich gegenüber Deutschland bereit erklärt haben, eine bestimmte Linie auszufolgen. Es wird erneut auf die Möglichkeit eines Appells Wilsons an die Welt hingewiesen. In dieser Veröffentlichung würde ausgesprochen werden, daß Amerika der Welt ein Versprechen gegeben habe, daß es halten müsse.“

Die konstitutionelle Fabrik.

Ansichten eines Großindustriellen.

Es ist begreiflich, daß die Sozialisierungs-Bestrebungen viele Unternehmer mit Sorge erfüllen. Sie sehen ihr Lebenswerk in Gefahr und legen sich die Frage vor, wie weit eine Beteiligung der Arbeiterschaft an dem Unternehmen zweckmäßig und vorteilhaft sein würde.

Da erscheint es lehrreich, auf Betriebe hinzuweisen, in denen eine solche Entwicklung bereits vollzogen ist. Seit 35 Jahren bewegt sich in dieser Bahn die „konstitutionelle Fabrik“ des Berliner Großindustriellen auf dem Gebiete der Holzbearbeitung Heinrich Freese, der auch mehrfach für seine Ideen öffentlich und schriftlich das Wort ergriffen hat. In diesem Betriebe ist von je her die Arbeits- und Betriebsordnung von der Fabrikleitung mit der Arbeiterschaft gemeinsam beraten und beschlossen worden. Was von den Arbeitern als ungerecht empfunden wurde, fiel weg. Anfang und Ende